Wir

in den Gewerkschaften in Bremen und Bremerhaven

Nr. 12 / Winter 2009/2010

Interview mit Konrad Kunick Seite 4

Heini Holtenbeen seggt Seite 7

Annette Düring, Die neue DGB Vorsitzende Seite 16

Wahl von hinten!

Liebe Leserin, lieber Leser,

Editorial

nun habt Ihr die 12. Ausgabe unsere Zeitung WIR in Händen. Wir freuen uns auf die erste Ausgabe des neuen Jahrzehnts. Für uns, eine kleine Gruppe von Seniorinnen und Senioren in den Gewerkschaften, ist es eine Freude, Euch unsere Zeitung wieder präsentieren zu können.

Diese Ausgabe beschäftigt sich mit den letzten Bundestagswahlen, dem Parlamentarismus und der Parteiendemokratie. Dazu haben wir ein interessantes Gespräch mit dem ehemaligen Bremer Senator und Bundestagsabgeordneten Konrad Kunick geführt.

Daneben thematisieren wir die Auswirkungen und Folgen der letzten Bundestagswahlen für die älteren Menschen. Es geht u.a. um die allgemeine Verarmung der Senioren und um den befürchteten Raubzug bei den Renten.

Außerdem: ein Bremer Orginal Heini Holtenbeen, Internationaler Tag der älteren Menschen und die neue DGB-Vorsitzende Annette Düring.

In eigener Sache

Alle Ausgaben unserer Zeitung „Wir" sind im Internet als PDF-Dateien einsehbar (siehe Rückseite).
Wir wünschen viel Spaß beim Lesen und freuen uns wie immer über Eure Anregungen, Artikel und Briefe. Alles Gute im neuen Jahr wünscht Euch die WIR-Redaktion.

Inhalt

Aktivitäten 2010 3
Interview mit Konrad Kunick 4
Heini Holtenbeen seggt 7
Die Volksbühne Bremen - schon immer mehr als nur ein Verein für verbilligte Theaterkarten 8
„Schöne" Aussichten? 10
Vorboten des Kahlschlags 11
Ausgaben für Grundsicherung auf Rekordniveau 12
Raubzug bei Rentnern 13
Internationaler Tag der älteren Menschen 15
Annette Düring, die neue DGB Vorsitzende 16
Leserbriefe 17
Impressum 18
Termine; Senioren „ver.di Bremen" 19
Archiv 20

Aktivitäten 2010

Wir stellen uns vor.

Wir sind eine aktive und interessierte Gruppe, die sich einmal im Monat im DGB-Haus Bremen, Bahnhofsplatz 22-28, trifft.

Unsere Themen sind sehr komplex und vielseitig, hier ein paar Auszüge daraus: Gesundheitspolitik, Altersvorsorge, Patientenverfügung, Besteuerung der Altersbezüge, Erbvertrag, Testament sowie aktuelle und alltägliche Vorkommnisse, Gespräche und Diskussionen mit eingeladenen Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Sekretären der Gewerkschaften.

Außerdem bereiten wir die Organisationswahlen, die bis zum 09. Juni 2010 abgeschlossen sein müssen. Für den Bezirksvorstand Bremen-Nordniedersachsen stellen die ver.di-Senioren ihre Vertretung. Beim DGB sind sie mit einem Senior und zwei Stellvertretern vorgeschlagen.

Auch werden diverse Besichtigungen in Betrieben sowie Besuche von Ausstellungen und interessanten Gebäuden geplant.

Über neue Gesichter würden wir uns sehr freuen! Informationen und Termine erhaltet ihr in der ver.di Geschäftsstelle Bremen, Infothek.

So aktiv sind wir!
Die ver.di-Senioren im Ortsverein
Dieter Tarnowsky
Inge Markowsky

Interview mit Konrad Kunick

Wie beginnt Dein politisches Leben?

Kindliche Eindrücke aus Kriegs-und Nachkriegszeit habe ich früh zu verarbeiten begonnen. Wir lebten in verschiedenen Barackenlagern. Die Eltern – ohne Arbeit – redeten immer von der Rückkehr nach Hause – nach Leipzig. Der 13jährige Schüler las elektrisiert in der „Wilhelmshavener Rundschau" von Stalin das Wiedervereinigungsangebot von 1953 und begann sich dann in die Geschichte und Politik hineinzufragen und hineinzulesen. Ich pendelte zwischen christlichen und ziemlich kommunistischen Ansätzen. Zehn Jahre später – 1964 – fand ich allmählich zu den Sozialdemokraten: Henning Scherf, Claus Grobecker und Olaf Dinné bei den Jungsozialisten. Gemeinsam haben wir Informationsheftchen zusammengelegt und dabei heftig diskutiert. Erste Flügeldebatten. Schätzen lernte ich Heinrich Landwehr, früher KP-Sekretär von Schlesien, der als Opfer des Hitler-Stalin-Paktes nach dem Kriege Sozialdemokrat wurde, ein großer Mann, der bescheiden einem Anderen das Feld bereitete: Hermann Hansing, Eisengießer von Haus aus, war damals Vorsitzender des Ortsvereins Bremen der SPD und Abgeordneter. Heinrich hielt ihm den Rücken frei und unterrichtete mich in Presseanalyse und im stalinismusfreiem Denken in Marx-Hegelschen Kategorien: These – Antithese – Synthese. Und dann fand ich als Orientierung und Leuchtstern Willy Brandt, den größten Sozialdemokraten des abgelaufenen Jahrhunderts.

Was war für Dich die wichtigste Entscheidung bzw. Debatte zu Deiner Zeit als Bundestagsabgeordneter

In meinen Bundestagsjahren von 1994 bis 2002 waren es die dauernden Debatten über Kriege und Kriegseinsätze. Die alte räumlich eingegrenzte Nato gab es nicht mehr und meine pazifistische Grundüberzeugung führte mich unter die Ablehner und Zweifler der Militärpolitik meiner Fraktion. Wir wollten weder den unerklärten Krieg gegen Serbien noch auch die Handreichung zu Bushs zweitem Irakkrieg, wir waren gegen jede Ausweitung von Militärpräsenz, besonders erbittert gegen das Hineingezogen-Werden in den – wie die Militärwissenschaft sagt „asymetrischen" Krieg in Afghanistan. Einmal haben wir 26 Ablehner gegen die ständige Ausweitung deutscher Militärengagements und gegen die Fraktionsdisziplin gestanden, bis uns die Vertrauensfrage von Bundeskanzler Schröder und hier in Bremen mir der Druck aus dem Landesvorstand den Boden unter den Füssen wegzog. Ich hatte schließlich kein Wählervotum, den eigenen sozialdemokratischen Kanzler zu stürzen. Und dann die Begründung der Regierung in Sachen Afghanistan Bekämpfung von Terrorschulung durch Entwicklungshilfe, verbunden mit Bevölkerungs- und Helferschutz…!!!

So wurde der Bundestagsbeschluss herbeigeführt…

Was hälst Du davon, dass Deutschland Kampftruppen nach Afghanistan schickt?

Diese Zuspitzung haben wir schon damals vorausgeahnt. Ich bin nach wie vor gegen das Engagement mit Waffen und deutschen Soldaten. Dieser unerklärte Krieg wird gemäß den Erfahrungen der Russen mit diesen Bergvölkern, nach den Erfahrungen Frankreichs und Amerikas in Algerien und in Indochina die Verhältnisse nicht im Sinne des Westens verändern. Afghanistan wird eher in einem Desaster enden. Der Gegner pendelt zwischen Afghanistan und Pakistan. Neue Schauplätze des Terrors sind denkbar. Konventionelle Armeen sind einem aufständischen Gegner nicht gewachsen – auch nicht durch den Aufbau von Marionettenpräsidenten. Und die deutsche Verfassung wird höchst bedenklich überdehnt.

Führt die Ablösung der SPD aus der Großen Koalition zu einer geistig-moralischen Wende?

Bei uns gab es im Laufe der Regierungsanstrengungen höchst gefährliche Verschleißerscheinungen der innerparteilichen Diskussionskultur und gelebten Demokratie, verbunden mit viel demokratischem Zentralismus, der die personellen Schwierigkeiten an vielen Ecken und Enden übertünchen wollte und der der politischen Produktivität geschadet hat. Wir müssen uns besinnen: Wer Menschen gewinnen will, muß geduldig Überzeugungsarbeit leisten. Wer attraktiv werden will, muß die großen Fragen der Zukunft durchdenken – wir mit der Frage: Was muß getan werden, damit Freiheit und Gerechtigkeit und Frieden in Zeiten von Klimawandel, drohendem Hunger und Flüchtlingswellen unser Handeln bestimmen, dass die Menschen und die Völker im 21. Jahrhundert eine friedliche Zukunft haben und keinen Rückfall in die Barbarei. Es gibt Phasen des Regierens und es gibt Phasen der Suche nach besseren Antworten. Die SPD wird sich in der Opposition zur Zukunftswerkstatt und zum kreativen Partner progressiver Bündnisse entwickeln, während FDP und CDU Arm und Reich weiter auseinander treiben.

Wir sind wahrlich nicht am Ende, es sei denn, wir geben uns selber auf. Der internationale Finanzkapitalismus, die

Börsen und die Spekulanten, die Konzerne mit ihrem Verbandslobbyismus und ihren Verflechtungen mit Bürokratien, Parlamenten, Regierungen und EU-Kommissionen sind nach wie vor Lenker vieler Fehlentwicklungen. Der jüngste Skandal ist das von den Ölstaaten und Ölkonzernen finanzierte Scheitern der Weltklimakonferenz in Kopenhagen. Ein glatter Sieg der Ölmonopolisten und eine Niederlage für die internationale Entwicklung. Die Rezeptbücher des Neoliberalismus sind öffentlich nicht vorzeigbar. Es liegt an uns allen, ob wir zueinander finden und uns versammeln statt zu spalten und Differenzen zu veredeln.

Und wie ist es mit Fraktionszwang und Freiheit des Abgeordneten und mit den Schwächen der parlamentarischen Demokratie?

Dass die starke Einflussnahme der Lobbyisten auf Bürokratie, Parlament und Regierung und auch auf die Medien die größte Gefahr darstellt, ist meine feste Überzeugung. Die Gesetzgebung als Ergebnis demokratischer Wahlen und Regierungsbildungen wird sonst in Frage gestellt.

Während meiner acht Bonner und Berliner Parlamentsjahre habe ich das gemerkt in der Auseinandersetzung um den Erhalt von Chancen für deutsches Seeleutepersonal unter deutscher Flagge, obwohl ich im Alltag der Arbeit als Spezialist in diesen Fragen galt und also Einfluß in meiner Bundestagsfraktion wie im Verkehrsausschuss hatte.

Bei der Debatte um Transplantationsregeln, verbunden mit der Frage, wann das Leben eines Sterbenden endet, waren wir in den Abstimmungen des Parlaments völlig frei. Meine Orientierung: Der Mensch ist kein Ersatzteillager der Mediziner, darf aber als gottgeschaffenes Wesen über sich selbst verfügen bis zum Tode am Kreuz. Ich war Mitglied einer progessiv-christlichen Gruppe von Abgeordneten und sonst nichts. Die Auffassungen gingen kreuz und quer durch die Fraktionen.

Im übrigen gilt für die Freiheit eines Abgeordneten: Jede Liebe hat ihren Preis. Wer sich gewissenhaft entscheidet, nimmt Nachteile in Kauf. Bei den Abgeordneten des Bundestages geht es höchstens um persönliche Nachteile… Im Ruheraum des Reichstages mahnt die Liste der von den Nazis ermordeten und verfolgten Reichstagsabgeordneten an mehrere hundert Frauen und Männer. Und vor dem heutigen Fraktionssaal der SPD die Auflistung der gesamten alten Reichstagsfraktion, die einstimmig Nein zu Hitlers Ermächtigungsgesetz gestimmt hat. Von Otto Grotewohl bis zu Kurt Schumacher. Dieses Erbe weist auch heute in die Zukunft.

Die Fragen stellten Orhan und Hugo

Konrad Kunick

Nach der Realschule machte Konrad Kunick eine kaufmännische Lehre für „Kaffee-Import und Maschinen-Export“, wie er es ausdrückt. In diesem Bereich und in der Wirtschaftsprüfung sowie Betriebsräteberatung der Arbeiterkammer hat er auch mehrere Jahre gearbeitet. Er trat mit 24 Jahren in die SPD ein und bekleidete verschiedene Posten in dieser Partei. Von 1971 bis 1987 und 1991 bis 1994 war er Landtagsabgeordneter in der Bremischen Bürgerschaft, von 1985 bis 1987 Fraktionsvorsitzender seiner Partei. Zwischen 1987 und 1991 bekleidete er verschiedene Senatorenämter im Bremer Senat. Von 1994 bis 2002 war er als direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises Bremen-West Mitglied im Deutschen Bundestag. Sowohl als Senator als auch als Bundestagsabgeordneter lebte Konrad Kunick zeitweilig in seinem Wohnwagen. Das tut er auch heute noch.

Heini Holtenbeen seggt

Heini Holtenbeen hieß eigentlich Jürgen Heinrich Keberle. Er wurde in Bremen am 18. April 1835 geboren und starb im Alter von 74 Jahren am 13. September in Bremen. Während seiner Lehre bei einem Tabakküfermeister stürzte er durch eine Dachluke. Dabei erlitt er Verletzungen an Bein und Kopf. Zurück blieb ein lahmes Bein und angeblich auch bleibende Gehirnschäden. Er arbeitete in der Folgezeit als Dienstmann und nahm auch kleinere Gelegenheitsarbeiten an.

Derzeit hatte er eine Unterkunft im Schnoor und lief ziemlich abgerissen in der Bremer Altstadt umher. Er wurde bekannt dadurch, dass er vor der Börse am Marktplatz die Börsenmakler um Zigarrenstummel anging. In der Börse durfte nicht geraucht werden und deshalb warfen die Makler ihre Zigarrenstummel weg oder gaben sie dem wartenden Heini Holtenbeen.

Daneben wurde Heini Holtenbeen wegen seiner ptattdeutschen Sprüche zu einem Bremer Original. Hier zwei Beispiele: „Segg mal, kannst mi nich´n halwen Groschen lenen, ick schrief dat in min Hauptbook in.“ Oder: „Teindusend Särge! Teindusend Särge swommt de Weser entlang un keenen for mi.“

Nicht eindeutig überliefert ist aber ein plattdeutscher Spruch, der zu Zeiten der großen Koalition 1966 bis 1970 im Bremer Stadtbild auftauchte. Auf einer alten Photographie aus der Zeit kann man lesen - Heini Holtenbeen seggt: „De grote Koalition is Schiet! Pett de CDU in Mors!“

Es könnte sein, dass es schon damals innerhalb der SPD eine starke Abneigung gegen die große Koalition gab.
Doch das ist wohl Spökenkiekerei von unserem Bremer Original Heini Holtenbeen.

Hugo Köser

Die Volksbühne Bremen - schon immer mehr als nur ein Verein für verbilligte Theaterkarten

Ihren 60. Geburtstag hat die Volksbühne Bremen und Bremerhaven bereits hinter sich, ihr Ursprung aber liegt in Berlin. Dort wurde 1890 die Freie Volksbühne Berlin als erste kulturpolitische Massenorganisation der deutschen Arbeiterbewegung gegründet. Ihr Ziel: Zugang zu Bildung und zum kulturellen Leben zu ermöglichen.

Unter dem Motto „Die Kunst dem Volke!“ ermöglichte sie ihren Mitgliedern den Theaterbesuch zu einem ermäßigten Preis, indem sie damals einen einheitlichen Mindestbetrag von 50 Pfennig festlegte und die Sitzplätze jeweils verloste.

Erstmals in der Geschichte wurden so organisiertes Theater und organisiertes Publikum einander gegenübergestellt. Begleitet wurden die Aktivitäten der Freien Volksbühne von Anbeginn an durch regelmäßig erscheinende Monatsschriften für die Mitglieder, die neben Spielplänen auch die internen Diskussionen über die künstlerische Entwicklung des Theaters wiedergaben.

Wie die Berliner Volksbühne ging auch die bremische Volksbühne aus der Arbeiterbewegung hervor. Ihr Vorläufer war der „Rat für Arbeiterbildung“. 1920 schlossen sich die Volksbühnenbewegungen in Bremen und Bremerhaven zusammen und bildeten einen gemeinsamen Landesverband. 1939 wurden alle kulturellen Organisationen, dem Propaganda-Apparat von Joseph Goebbels unterstellt, die Theater, darunter auch die Volksbühnen, im Reichsverbands Deutsche Bühne e.V. zusammengeschlossen.

Nach der Befreiung von der Diktatur des Nationalsozialismus kam es 1948 wieder zu vielen Neugründungen der Volksbühne. Am 18. Mai 1948 war es auch in Bremen und Bremerhaven so weit.

Trotz Mitgliederverluste umfasst die Volksbühnenbewegung heute noch ca. 65 Vereine mit rund 135.000 Mitgliedern, Bremen und Bremerhaven eingeschlossen. In besseren Zeiten waren mehr als 220.000 theaterinteressierte Arbeitnehmer in örtlichen Volksbühnen organisiert.

Noch immer versteht sich die Volksbühne als Vermittler zwischen Publikum und Theater und sieht ihre Aufgabe nicht nur bei der Schaffung attraktiver Vorzugspreise für Theaterkarten. Zu den aktuellen Aufgaben der Bremer Volksbühnen gehört

Seit mehr als 25 Jahren engagiert sich ver.di - Kollege Klaus Schmid ehrenamtlich als 1. Vorsitzender im Landesverband Bremischer Volksbühnen für die Volksbühne

es auch, neues Publikum zu gewinnen und das bisherige zu halten, was nicht nur eine Preisfrage ist, denn in der Mediengesellschaft von heute, ist es keine Selbstverständlichkeit mehr, ins Theater zu gehen. Darüber hinaus mischen sich Klaus Schmid und die aktiven KollegInnen des Vereins auch ein in die kulturpolitische Debatte der Stadt, besonders wenn es mal wieder darum geht, den Rotstift anzusetzen. Dann kämpft Klaus Schmid um die Finanzierung einer öffentlichen Aufgabe und für die Planungssicherheit der bremischen Theater, denn für ihn sind „Ausgaben für Kultur keine Subventionen, sondern Investitionen in die Zukunft".

Um die Beziehung zu den bremischen Theatern noch intensiver zu gestalten, vergibt die Volksbühne Bremen seit 1983 jährlich den Silbernen Roland. 2010 geht der Publikumspreis an die Sparte Musiktheater. WIR dürfen gespannt sein.

Klaus Schmid

„Schöne“ Aussichten?

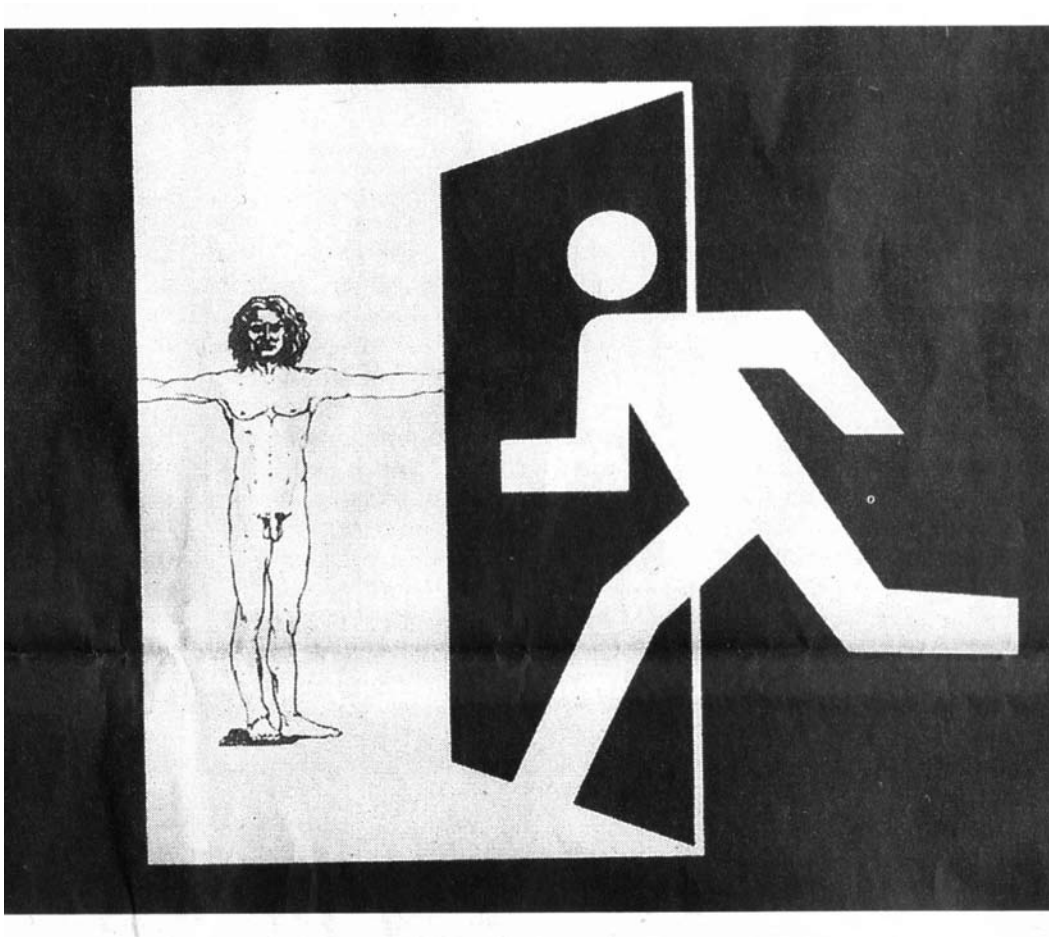
Liebe Kolleginnen und Kollegen,

viele Befürchtungen in Bezug auf die Entwicklung der Politik in Deutschland sind wahr geworden. Die Nachrichten zu den verschiedenen Vorstellungen aus FDP, der Ärzteschaft und der Wirtschaft zu den Koalitionsvereinbarungen zur Zukunft der gesetzlichen Krankenversicherung lassen nichts Gutes erwarten. Die Finanzierungslücke wird nicht geschlossen. Im Gegenteil: Alle Vorschläge laufen darauf hinaus, dass der Leistungskatalog der Krankenkassen zusammengestrichen wird bzw. die Mitglieder höhere Beiträge oder Eigenbeteiligungen zu zahlen haben. Die Vorschläge im Einzelnen, die Zusammenstellung ist allerdings nicht vollständig:

- Einfrieren des Arbeitgeberbeitrages in Höhe von 7 %, die übersteigenden Beitragssätze und Zusatzbeiträge trägt das Mitglied allein.
- Öffnung der Obergrenzen für den Zusatzbeitrag, auch den Zusatzbeitrag zahlt das Mitglied allein.
- Kürzung des Bundeszuschusses an die Krankenkassen.
- Wegfall aller noch übriggebliebenen Leistungen beim Zahnersatz.
- Wegfall des Krankengeldes und „Möglichkeit“ der entsprechenden Privatversicherung.
- Wegfall der Versicherungsleistungen bei privaten Unfällen.
- Reduzierung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auf einmal sechs Wochen pro Kalenderjahr.
- Streichung der 10 € Praxisgebühr im Quartal / Einführung von 5 € „Eintrittsgebühr“ bei jedem Arztbesuch.
- Verrechnung von Urlaubsansprüchen mit Krankheitstagen, soweit diese über den gesetzlichen Mindesturlaub hinausgehen.

Man kann die Vorstellungen drehen und wenden: „Sozialer Fortschritt“ lässt sich bei diesen Vorschlägen nicht erkennen. Die Politik der zunehmenden Belastung der Arbeitnehmer bei gleichzeitiger Entlastung der Unternehmen führt wohl auch diese Regierung weiter fort. Aber: Selbst, wenn es unpopulär werden sollte, wir treten für eine paritätisch finanzierte und solidarische Krankenversicherung ein.

ver.di Berlin, Fachbereich Sozialversicherung,



Vorboten des Kahlschlags

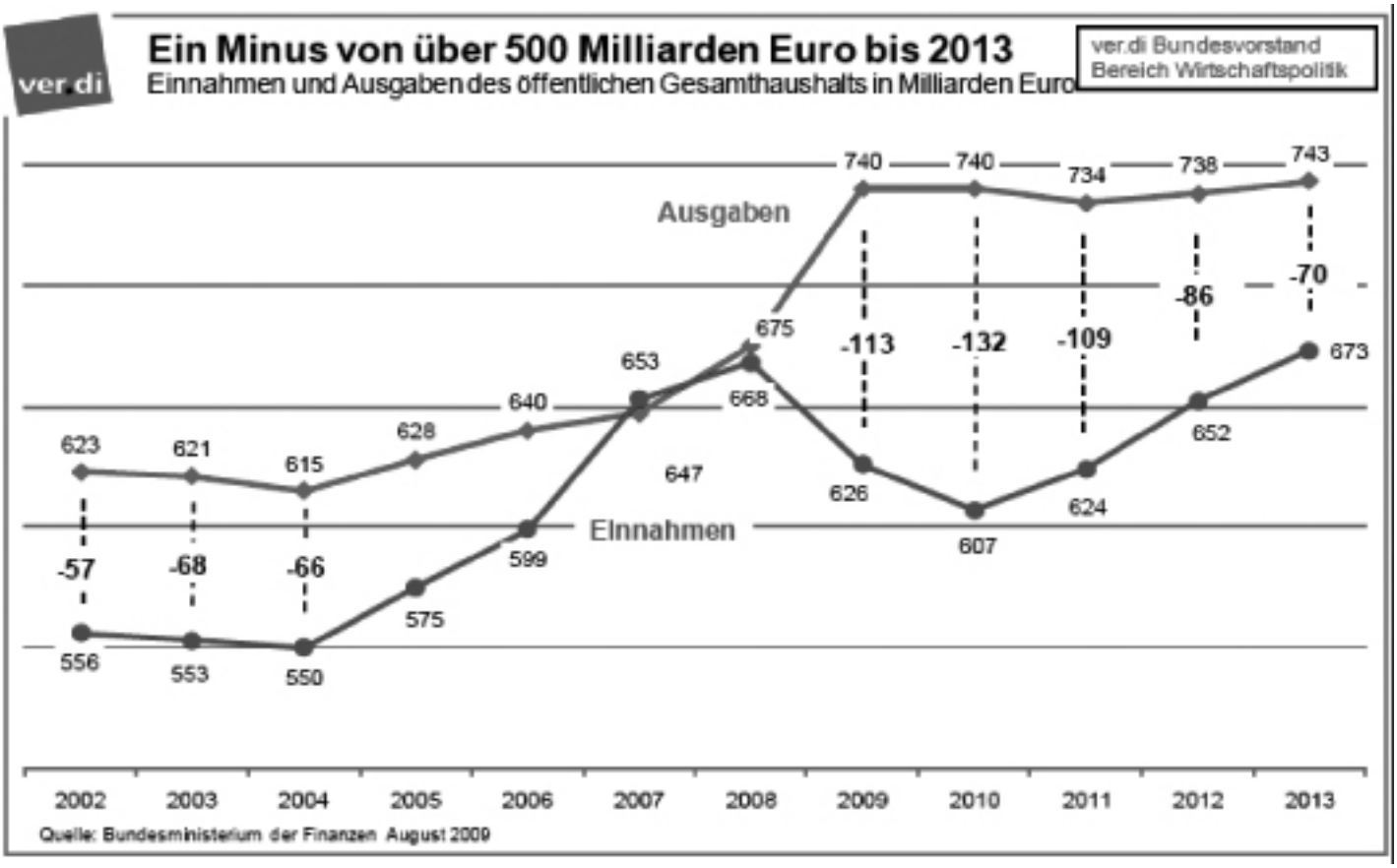
Wir sollen für die Pflege künftig einen festen Euro-Betrag extra zahlen. Bei der Gesundheit ist über die Zusatzkosten der Einstieg in die Kopfpauschale beschlossen. Arbeitgeber können sich weiter aus der Verantwortung für soziale Sicherheit verabschieden. Viele Erwerbslose zahlen drauf, weil mehr pauschale ALG-II-Leistungen Kürzung heißt.

Schwarz-Gelb hat sich auf Verschlechterungen für große Teile der Bevölkerung verständigt und verkauft sich gleichzeitig als Koalition der Wohltätigen: Sie verspricht 20 Euro mehr Kindergeld und 30 Euro mehr für Kinder reicher Eltern.

Mehr Schonvermögen bei Hartz IV, das aber nur Wenigen nützt. Keine sittenwidrigen Löhne, die aber zwei Euro pro Stunde ermöglichen. Steuersenkung, von denen vor allem Unternehmer und Reiche profitieren.

Angesichts der Krise sind die Einschnitte noch verhalten. Der Einbruch bei Wachstum und Beschäftigung kostet die öffentlichen Kassen hunderte Milliarden Euro. Bisher hat die Koalition nur erfolglos versucht, einen Teil davon in den Schatten zu schieben. Bisher! Im Mai 2010 will Rüttgers in Nordrhein-Westfalen wieder Ministerpräsident werden und Merkel die Mehrheit im Bundesrat behalten. Danach ist viel Zeit für Streichorgien. Und dann wird sich entscheiden, wer für die Krise zahlt. Für uns gilt: Nicht noch mehr Umverteilung. Profiteure zur Kasse! Dafür müssen wir Druck machen.

Nr. 25, Oktober 2009
ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik
http://wipo.verdi.de – wirtschaftspolitik@verdi.de



Ausgaben für Grundsicherung auf Rekordniveau

Die Armut in Deutschland nimmt weiter zu: 2008 erhielten rund 768.000 Menschen Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

Wiesbaden (ddp/sth). Wie das Statistische Bundesamt am Donnerstag in Wiesbaden mitteilte, konnten damit im Vergleich zu 2007 etwa 4,8 Prozent mehr Menschen von ihrem Einkommen oder ihrer Rente nicht leben. Damals stockte der Staat noch die Einkommen und Altersbezüge von rund 733.000 Bürgern auf. Seit Einführung im Jahr 2003 haben sich die Nettoausgaben für die Grundsicherung fast verdreifacht. Von 1,3 Milliarden Euro stiegen sie auf ein Rekordniveau von 3,7 Milliarden Euro im vergangenen Jahr.

Die Grundsicherung ist eine Sozialleistung und wird gezahlt, wenn im Alter ab 65 Jahren oder wegen Erwerbsminderung das Geld nicht mehr zum Leben ausreicht. Ende 2008 waren 358.000 Empfänger von Grundsicherung (47 Prozent) dauerhaft voll erwerbsgemindert. Etwa 410.000 Empfänger waren 65 Jahre und älter. Gerd Landsberg vom Deutschen Städte- und Gemeindebund sagte zu den neuen Zahlen, die Leistungen für Grundsicherung könnten nicht weiter im bisherigen Maße von den Kommunen getragen werden. Der Anteil des Bundes fange "bei weitem nicht die immensen Kostenbelastungen der Kommunen" auf.

VdK: Gesetzliche Rente muss armutsfest werden

Insbesondere Frauen sind von Armut betroffen. 2008 mussten etwa 429.000 durch die Grundsicherung geholfen werden. Das entspricht einem Anteil von 56 Prozent. Bei den Männern nahm hingegen die Zahl der Empfänger deutlicher zu. Sie kletterte um 6,1 Prozent auf rund 339.000. Bei den Frauen waren es 3,8 Prozent. Am häufigsten benötigten die Menschen in den Stadtstaaten Bremen, Berlin und Hamburg die Unterstützung. Am seltensten nahm sie die Bevölkerung in Sachsen und Thüringen in Anspruch.

Ulrike Mascher, Präsidentin des Sozialverbandes VdK, mahnte die Bundesregierung erneut, Maßnahmen gegen die wachsende Altersarmut in Angriff nehmen, um zu verhindern, dass immer mehr Menschen im Alter auf Grundsicherung angewiesen seien. "Die gesetzliche Rente und die Erwerbsminderungsrente müssen armutsfest gemacht werden", erklärte Mascher. Dazu gehöre die Abschaffung der Rentenabschläge für Erwerbsminderungsrentner, die aus Krankheitsgründen nicht bis zum 65. Lebensjahr arbeiten können. Zudem sollte sichergestellt werden, dass die gesetzliche Rente nach langjähriger vollzeitnaher Erwerbstätigkeit deutlich über dem Grundsicherungsniveau liegt.

Eine Initiative der Regionalträger der Deutschen Rentenversicherung und der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See

Raubzug bei Rentnern

In der Alteneinrichtung »Henry und Emma Budge Stiftung« gibt es Zorn und Unverständnis angesichts drohender Kontrollen des Finanzamts.

Reportage von Gitta Düperthal

In der Empfangshalle einer Alteneinrichtung der »Henry und Emma Budge Stiftung« in Frankfurt am Main spricht es sich langsam herum: Eine Journalistin ist da und will sich erkundigen: Wie wird man in der Praxis damit umgehen, daß nun ältere Menschen ab Oktober Steuerkontrollen vom Finanzamt über sich ergehen lassen müssen? Unabhängig davon, ob sie demenzkrank oder aus anderen gesundheitlichen Gründen nur noch eingeschränkt fähig dazu sind, einen halbwegs geregelten Alltag zu absolvieren.

Das wirkliche Leben scheint am Gesetzgeber vorbeigegangen zu sein. Jetzt heißt es: Seit 2005 hätten alle Rentner bereits Steuererklärungen abgeben sollen. Eine Bagatellgrenze bis zu der die Finanzverwaltung pauschal auf Nachforderungen verzichtet, werde es nicht geben, hatte der Tagesspiegel kürzlich berichtet. Eine ältere Dame, angesprochen darauf, ob sie über das Vorhaben der Finanzbehörden informiert sei, sagt: »Ach, das machen doch die Banken eigenständig.« Wer will es ihr verdenken, daß sie sich an ihrem Lebensabend nicht mit verstaubten Formularen herumplagen und mühselig Quittungen sammeln will, damit beispielsweise Kosten für Ärzte, Medikamente, Brillen, Hörgeräte beim Finanzamt abgesetzt werden können – natürlich nur jene, die über dem ´zumutbaren Eigenanteil von vier bis sechs Prozent des Jahreseinkommens liegen´. Die Dame blinzelt aus dem Fenster der Alteneinrichtung in die Sonne hinaus. Sie hat anderes im Kopf, ist aufgeregt wegen eines bevorstehenden Verwandtenbesuchs.

Später kommt ein runder Tisch zusammen, um die Sachlage kritisch zu diskutieren. Unter anderem sind ältere Menschen dabei, die gesundheitlich noch sehr fit sind und die sich mit dem Thema ausgiebig beschäftigt haben, darunter Beiräte, die sich für die Rechte der Bewohner in der Einrichtung einsetzen. In diesem Kreis ist man informiert. Zwar nicht vom Finanzamt, aber immerhin durch Berichte in Funk, Fernsehen und Zeitungen. Die Anwesenden sind allerdings auch entsprechend zornig. Eine Bewohnerin möchte lieber nicht namentlich in der Zeitung genannt werden: Sie fürchtet Sanktionen. »Eine Steuererklärung habe ich nicht gemacht und ich kenne viele andere, die das ebenfalls nicht getan haben«, schimpft sie. »Es geht niemanden etwas an, wieviel Rente ich erhalte«, so die ehemalige Verkäuferin in der Textilbranche. Vermutlich wird die in ihrem Fall an der unteren Grenze sein. Ihr geht es ums Prinzip.

In der Generation der 80- und 90jährigen kennt man die neuerlichen Gänge-

leien und Sanktionierungen der Hartz-IV-Ära noch nicht – und ist nicht gewillt, sich das bieten zu lassen. Eine ältere Dame sagt: »Nun greifen sie sich die Schwächsten heraus. Wir Rentner haben keine Lobby.« Ihr Motto: »Ich habe ein ganzes Leben lang gearbeitet – wieso sollte ich mich nun im sogenannten Ruhestand drangsalieren lassen …« Der Ruf nach den Grauen Panthern wird laut. Eine Frau murmelt: »Trude Unruh muß wieder her« – und meint das als Synonym für eine neue Rentnerbewegung. »Diese Abzocke ist gewollt, während bei Millionären an Steuerfahndern sorgsam gespart wird, will man uns in die Taschen greifen«, empört sich jemand.

Die stellvertretende Heimleiterin Doris Zink findet es ebenso absurd, daß selbst kleine Renten zu versteuern sind – bereits von einem Grundfreibetrag ab 7664 Euro jährlich. Daß selbst Pflegebedürftige, denen nur der nach Sozialhilfe bemessene Betrag von 96,93 Euro monatlich zur persönlichen Verfügung bleibt, einen Steuerberater zahlen sollen, sei nicht angemessen, meint sie. Selbst wenn dies nur einmalig sei, entstehen, laut Günther Fischer, Präsident der Steuerberaterkammer, so Kosten von etwa 200 bis 300 Euro. Die Gebühren bemessen sich dabei nicht nach der Dauer der Beratung, sondern nach der jeweiligen Höhe der Rente. Den sogenannten Barbetrag, den manche ironisch Taschengeld nennen, weil er so gering ist, brauchten die Bewohner dringend, wendet Zink ein: »Mal ein Friseurbesuch, eine Fußpflege, die Haftcreme fürs Gebiß oder eine Hautcreme für besonders sensible Haut, die keine Kasse zahlt – das muß schon drin sein.«

Auch Bewohner, die eine höhere Rente haben, sind von der neuen Nachversteuerung nicht begeistert. Ingeborg Schäfer, 81 Jahre, berichtet, sowieso bereits für Medikamente draufzuzahlen, weil die Kasse in vielen Fällen keine Kosten mehr übernehme. Sie war über 40 Jahre beim DGB angestellt. Früher hat Schäfer ihre Steuererklärung selbst gemacht – jetzt weiß sie, es kommt auch darauf an, ob man einen guten Steuerberater hat. Bereits in Rente, habe sie in einem Jahr 1800 Euro nachzahlen müssen. Jetzt hat sie eine neue Steuerberaterin, prompt geht es besser. Reinhold Gutberlet findet unzumutbar, in welcher Weise Rentner als Steuerflüchtlinge kriminalisiert werden. Seine Frau Gabriele sagt: »Wenn wir viel Geld hätten, wären wir doch nicht in der Altenwohnanlage – dann hätten wir vermutlich eine andere Lösung gefunden.« Am Ende ist man sich in der Runde einig, einen Steuerberater in die Einrichtung einzuladen, der Details der neuen Anforderungen schildert.

Den Artikel finden Sie unter: http://www.jungewelt.de/2009/08-15/063.php
http://www.jungewelt.de

Internationaler Tag der älteren Menschen

Im Jahr 1990 erklärte die Generalversammlung der Vereinten Nationen den 1. Oktober zum Internationalen Tag der älteren Menschen.

Der DGB Niedersachsen - Bremen - Sachsenanhalt und die Einzelgewerkschaften hatten 2009 zu diesem Tag nach Hannover eingeladen. Auch aus unserem Bremer ver.di-Seniorinnen und Seniorenkreis war eine Delegation nach Hannover zum Motto „Menschenrechte sind unteilbar – auch im Alter“ angereist.

Um 09:00 Uhr ging es mit dem Niedersachsen-Ticket von Bremen nach Hannover. Auf der Fahrt wurden die ersten Informationen ausgetauscht, sodass die Fahrt wie im Fluge verging. Ab 11:00 Uhr begann die Kundgebung in der Fußgängerzone vor dem Hauptbahnhof in Hannover.

Die auftretenden Redner hielten Kurzreferate zu den Themenkomplexen: Gesundheitsreform, Hilfsmittel- und Inkontinenzversorgung, Alterdiskriminierung, Gebissversorgung, Charta der Rechte hilf- und pflegebedürftiger Menschen, Verbesserung der Arbeitssituation der Beschäftigten in der Altenpflege.

Abschließend wurde eine Politik für die Mehrheit der Menschen und ein neuer Generationenvertrag und gute Arbeit gefordert.

In einem Demonstrationszug durch die Innenstadt von Hannover (mit einem aufgemotzten Pflegebett) ging es zum DGB-Gewerkschaftshaus zu der Veranstaltung mit dem Thema „Solidarische Alterssicherung für alle“.

Nach der Begrüßung von Henry Kirch, Sprecher der DGB-Seniorinnen und Senioren, übermittelte Hartmut Tölle, DGB-Bezirksvorsitzender, den über 100 TeilnehmerInnen seinen Dank für die geleistete Arbeit und wies darauf hin, dass die Seniorinnen und Senioren weiterhin für die gewerkschaftliche Arbeit gebraucht werden. Er brachte seine Befürchtung zum Ausdruck, dass durch die zweitstärkste Fraktion, nämlich die Nichtwähler, von den künftigen Regierungsparteien ein Abbruch bei den Sozialsystemen zu erwarten sei. Er rief die Gewerkschaften auf, sich aktiv in die Politik einzumischen, insbesondere auch die Seniorinnen und Senioren.

In einem Referat vom Axel Gerntke, IGM-Vorstand, wurde für eine solidarische Alterssicherung plädiert.

Das Fünf-Punkte-Programm der IG Metall beinhaltet:

- für eine solidarische Erwerbstätigenversicherung für alle
- Lebensstandardsicherung und Armutsvermeidung
- Betriebsrenten für alle
- Rente mit 67 abschaffen
- flexiblen Ausstieg vor und bis 65 ermöglichen
- Intakter Arbeitsmarkt als Voraussetzung für eine intakte Alterssicherung.

Die Broschüre „Für einen neuen Generationenvertrag“ kann bei der IG-Metall angefordert werden.

Die Bremer Delegation trat mit so vielen interessanten Informationen den Rückweg an und stellten übereinstimmen fest, dass sich dieser Tag für die Seniorinnen und Senioren sehr gelohnt hat.

Schade, dass nicht alle daran teilnehmen konnten.

Günther Wesemann

Annette Düring, die neue DGB Vorsitzende

Eine gesprächige, sympathische Frau, die neue Vorsitzende der neuen DGB-Region Bremen/Elbe-Weser. Die beiden Regionen mit rund 123 000 Mitgliedern wurden im Rahmen einer Strukturreform vor kurzem zusammengelegt. Die gelernte Erzieherin gibt gleich nach ihrer Wahl im November die Richtung ihrer Arbeit als Gewerkschaftsvorsitzende an: für den Mindestlohn, gegen die Privatisierung und - nicht zu vergessen - die Arbeitszeitverkürzung!

Die heute 50-jährige Annette Düring ist in Tonnenheide in der Nähe von Bielefeld zur Welt gekommen. Über ihre Kindheit und Geschwister erzählt sie liebevoll: „Wenn ich sage, ich bin Kind Nummer sieben, sagen die Leute ´oh´. Dann sage ich, es kommen noch drei.“ Ihr Vater war Arbeiter in einer Fabrik für Autositze. Als das jüngste Kind in die Schule gekommen war, begann auch die Mutter in demselben Betrieb zu arbeiten. Nicht nur die Eltern. „Sobald wir 16 Jahre alt waren, gingen wir in den Sommermonaten in die Fabrik, in der auch unsere Eltern arbeiteten“, erzählt Annette Düring von den 60er und 70er Jahren, als es noch relativ mehr Arbeit in den klassischen Betrieben gab als heute.

Die Eltern arbeiteten in Wechselschicht, sodass niemand zu Hause war, als die Kleinen aus der Schule kamen. „Die Großen haben die Kleinen großgezogen“, sagt Annette Düring wie selbstverständlich, die nach der Schule zur Erzieherin ausgebildet werden sollte. „Das hat mich geprägt und ich habe eine schöne Kindheit gehabt“, betont die jetzige DGB-Chefin. Nach der Berufsausbildung kam sie nach Bremen, um zu studieren. Neben dem Studium arbeitete sie beim DGB im Bereich der Jugendbildung. Ihr Studium schloss sie 1988 als Diplompädagogin ab. Danach arbeitete Annette Düring mehrere Jahre als Referentin für Jugendarbeit und MitarbeiterInnenfortbildung in der Gewerkschaft. Ab Januar 2001 war sie Gewerkschaftssekretärin und ab 2003 DGB-Regionsvorsitzende Elbe-Weser.

Annette Düring weiß, dass es heute nicht mehr die klassische Arbeiterschaft gibt wie früher. „Man muss den Arbeiter am Band anders ansprechen als die technische Zeichnerin am Computer. Als deren Vertreter müssen wir unterschiedliche Angebote machen können“, betont die resolute Frau.

Orhan Çalışır

Leserbriefe

Ein Leser schreibt für Leser oder: ein Dankeschön für Eure, keine Mühe scheuende, Redaktionstätigkeit

Ich bin seit Juni 2004 Leser der Zeitschrift „Wir“. Wie lernte ich die Redaktionsmitglieder kennen?

In einem Seminar in Rerik trafen sich die Senioren aus Ost und West zu einem Erfahrungsaustausch mit dem Titel „Älterwerden in Deutschland“.

Aus dieser Begegnung wurde ein freundschaftliches Verhältnis und ein reger Austausch zu allen Fragen und Problemen in unserer gewerkschaftlichen Seniorenarbeit. Danke an dieser Stelle schon mal für alle Hilfe, weil in der Betreuung der älteren Mitglieder viele Dinge in West und Ost gleich sind. Die Anregungen kamen zum Teil durch Euch Redaktionsmitglieder aber auch durch verschiedene Berichte in der Zeitschrift „Wir“.

Ich möchte uns kurz vorstellen und bei dem Wort „Wir“ anknüpfen. Mit einem kleinen Team gestalten wir die gewerkschaftliche Seniorenarbeit der Gruppe in Ludwigslust der Fachbereiche 09 und 10 in ver.di. Es sind die Senioren der Telekom und der Post. Wir sind eingebunden in die Versorgungsempfängergruppe Mecklenburg / Vorpommern mit Sitz in Rostock. Es ist ein Flächenbereich in der Breite 60 km. und in der Länge 150 km. Diese riesige Fläche erschwert natürlich unsere aktive Arbeit sehr.

Nun möchte ich rückblickend es noch einmal wiederholen, wenn ich in der Überschrift davon spreche, danke den Redaktionsmitglieder die in den vergangenen fünf Jahren sich in ihrem Arbeitskreis zusammengesetzt haben, um zu beraten, was haben wir, was brauchen wir, was ist zur Zeit aktuell gewerkschaftlich und politisch und wer könnte aus seinem Erleben und seiner Erfahrung zur Hilfe für andere berichten.

Da ich als Schreiber den Vorteil habe, fast alle aus Eurem Team zu kennen, sehe ich die Köpfe qualmen bei mancher Gestaltungsfrage.

Es ist für mich als Leser - und ich bin überzeugt, ich stehe mit meiner Meinung nicht alleine da - in jeder Ausgabe spürbar, dass ihr eine gute Mischung zusammengestellt habt zwischen Gewerkschaftsgeschichte, Literatur, Information, Aktuellem und mancher Rentnerglosse, die auch dazu gehört.

Macht weiter, auch wenn es mal nicht so gut läuft. „Wir“ gehören noch nicht zum alten Eisen und das beweist Ihr mit jeder Ausgabe. Bleibt bei eurem Motto: „Wir wollen mitmischen“ und nur so geht es.

Als Leser hat man ja auch Wünsche an die Zeitschrift, mein Wunsch ist, von Euren Gewerkschafts-Jubilaren etwas zu hören. Es könnte natürlich vom Bereich her schwierig sein, aber ich weiß es aus unserer Arbeit, es gehört dazu, den Lesern mitzuteilen, die 60, 70 oder 75 Jahre Mitglied der Gewerkschaft sind.

So darf ich Euch weiter gute kreative Gedanken, verbunden mit manchen Impulsen, für die Gestaltung der Zeitschrift wünschen.

Mit herzlichen Grüßen an das Team,
bleibe ich Euer Leser.

Klaus Schwentkowski
Vertrauensmann der Seniorengruppe
in ver.di, 19288 Ludwigslust

Der Neue im Team

Günther Wesemann (64) ist neu ins Redaktionsteam eingerückt. Zurzeit befindet er sich in der Freistellungsphase der Altersteilzeit. Beruflich war er 38 Jahre als Verwaltungsbeamter bei der Senatorin für Bildung und Wissenschaft tätig.

Gewerkschaftlich liegt sein Schwerpunkt in der Beamtenarbeit. Er hat 27 Jahre den Vorsitz des Landesausschusses der Beamtinnen und Beamten im ver.di-Landesbezirk Niedersachsen - Bremen wahrgenommen.

Günther Wesemann wohnt in Stuhr, ist verheiratet und hat zwei erwachsene Kinder.

Impressum:

Diese Zeitung WIR ist im Rahmen des Qualifizierungsprojektes für ältere ArbeitnehmerInnen für bürgerschaftliches Engagement (MoQua) von Arbeit und Leben Bremen entstanden. Die Zeitung wird gefördert durch die GEW Bremen, IG Metall Bremen und ver.di Bremen. Über weitere MitarbeiterInnen würden wir uns freuen. Auch Kritik und Anregungen sind uns willkommen.

Herausgeber und Kontakt:
Arbeitskreis MoQua-DGB-SeniorInnen machen Zeitung
c/o Gerd Bohling, Dieter Tarnowsky
DGB-Haus Bremen
Bahnhofsplatz 22-28, 28195 Bremen

RedaktionsmitarbeiterInnen:
Gerd Bohling, IGM, Detlef Dahlke, IGM
Ursula Figge, IGM, Hugo Köser, IGM
Inge Markowsky, ver.di, Christel Odewald, ver.di
Günther Wesemann, ver.di, Brigitte Wilkening, ver.di
Hermann Wilkening, IGM

V.i.S.d.P.
Inge Markowsky
Redaktionsadresse:
c/o Bildungsvereinigung Arbeit und Leben,
Manfred Weule, Tel.: 0421 / 960 89 14
e-mail: m.weule@aulbremen.de
e-mail: hugo.koeser@web.de
(Bitte Briefe an beide Adressen zuschicken)

ver.di-Senioren Bremen (Ortsverein)
Gruppe „Dieter Tarnowsky“

Vorschläge für die Sitzungstermine im Jahr 2010
im ver.di-Sitzungszimmer, 3. Etage (Altbau)

04.	Februar	11.30 Uhr	Kohlfahrt
11.	Februar	14.00 - 16.00 Uhr	
11.	März	14.00 - 16.00 Uhr	
08.	April	14.00 - 16.00 Uhr	
06.	Mai	14.00 - 16.00 Uhr	Spargelessen geplant
06.	Juni	11.30 - 16.00 Uhr	Sommerfest
10.	Juni	14.00 - 16.00 Uhr	
08.	Juli	14.00 - 16.00 Uhr	
12.	August	14.00 - 16.00 Uhr	
09.	September	14.00 - 16.00 Uhr	
im	September	Treffen Senioren ver.di im Bezirk geplant	
01.	Oktober	14.00 - 16.00 Uhr	
14.	Oktober	14.00 - 16.00 Uhr	
11.	November	14.00 - 16.00 Uhr	
09	Dezember	14.00 - 16.00 Uhr	
im	Dezember	Jahresrückblick / Weihnachtsfeier	

Sprechstunden des Seniorenbüros Bremen:
jeden zweiten Donnerstag im Monat von 10.00 bis 12.00 Uhr

Termine der Senioren der IG Metall Bremen-Stadt:
jeden ersten Mittwoch im Monat von 9.00 bis 12.00 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Bahnhofsplatz 22-28, 28195 Bremen

Termine der Senioren der IG Metall Bremen-Nord:
jeden zweiten Mittwoch im Monat von 9.00 bis 12.00 Uhr
in der Arbeitnehmerkammer, Lindenstr. 8, 28755 Bremen-Nord

Sie können alle unsere Ausgaben im Internet lesen.

Adresse: www.aulbremen.de/seniorenzeitung-wir